

Putin hilft Lukaschenko mit Geld

Krisengespräch am Schwarzen Meer – Russland verspricht Belarus einen Kredit von 1,5 Milliarden Dollar

Von Stefan Scholl und
Ulf Mauder (dpa)

MOSKAU/MINSK - Alexander Lukaschenkos Hemd war kurzärmelig, sein Kragen stand offen. Der weißrussische Staatschef stieg in Sotschi aus dem Flugzeug, als wäre er mit Wladimir Putin zum Schaschlik verabredet. Doch schon wenig später sitzt er sichtlich angespannt im Anzug in der Schwarzmeer-Residenz von Kremlchef Wladimir Putin. Die Massenproteste gegen „Europas letzten Diktator“, wie er auch genannt wird, gehen in die sechste Woche. Der Druck auf den 66-Jährigen, der zum ersten Mal seit der umstrittenen Präsidentenwahl vom 9. August Minsk verlässt, ist nach 26 Jahren an der Macht groß.

Vor allem wirtschaftliche Probleme machen Lukaschenko zu schaffen. Einige Staatsbetriebe sind zeitweise von wütenden Arbeitern bestreikt worden. Sie legten die Arbeit nieder, weil sie sich um ihre Stimmen bei der Präsidentenwahl betrogen sehen. Viele halten die 38-jährige Swetlana Tichanowskaja für die wahre Siegerin. Doch Putin wischt das alles schon nach einem kurzen Treffen beiseite und hilft, wie er es gern tut – mit Geld. Ein Kredit von 1,5 Milliarden US-Dollar soll Lukaschenko aus der Klemme helfen.

Putin lobt zudem, dass Lukaschenko als Ausweg aus der schwersten politischen Krise in Belarus die Verfassung reformieren will. Die beiden sind ähnlich lange an der Macht, kennen sich gut, spielen in Sotschi – wo 2014 Olympische Winterspiele waren – auch immer gern zusammen Eishockey. Doch diesmal ist die Lage ernst wie nie. Deshalb ist auch ein Vieraugengespräch angesetzt. Lukaschenko erhofft sich von dem Treffen vor allem Rückenwind für seine sechste Amtszeit. Die Zeit rennt, weil laut Verfassung die Amtseinführung innerhalb von zwei Monaten nach der Wahl anzusetzen ist – also bis 9. Oktober.

„Schon aus reinem Selbstschutz hilft Putin Lukaschenko, an der Macht zu bleiben. Mit Geld und notfalls auch mit Truppen, um die Proteste zu unterdrücken“, sagt der Politologe Waleri Karbelewitsch in Minsk. „Putin hasst Revolutionen, wie wir sie in Belarus haben – und unternimmt alles, damit der Aufstand



Bei einem Treffen mit seinem angeschlagenen Kollegen Alexander Lukaschenko im russischen Sotschi sprach sich Wladimir Putin (re.) am Montag auch für stärkere Handelsbeziehungen mit Belarus aus.

gegen das System erstens keinen Erfolg hat und zweitens nicht abfärben kann auf Russland.“ Schließlich habe Putin selbst gerade erst bei seiner eigenen umstrittenen Verfassungsänderung vorgemacht, wie sich ein „Dauerherrscher“ an der Macht halte, sagt Karbelewitsch. „Lukaschenko kennt auch Putin so genau, dass er weiß, welche Knöpfe er drücken muss bei ihm. Er sagt ihm einfach: Wenn ich falle, bist Du der nächste.“

Es ist aber viel mehr, was Lukaschenko Putin abringen muss, um weitermachen zu können wie bisher. Bis Ende September müsste Belarus 328 Millionen US-Dollar Schulden für Gaslieferungen begleichen. Schon jetzt steht Minsk tief in der Kreide bei Moskau. Und der Ende des Jahres auslaufende Gasvertrag muss neu ausgehandelt werden.

Lukaschenko hatte dem Russen zuletzt immer wieder Preiswucher bei den Energielieferungen vorge-

worfen, weshalb er sogar bei den USA Öl einkaufte. Doch nun ist der zuletzt über Jahre gefahrene Kurs Lukaschenkos einer Wiederannäherung an den Westen – auch an die EU – mit Vollbremsung gestoppt. Die lange Aufbauarbeit, sagen westliche Diplomaten in Minsk, sei innerhalb weniger Tage zerstört worden.

Neue Sanktionen stehen im Raum. Der Westen hält das offizielle Wahlergebnis von 80,1 Prozent für Lukaschenko für grob gefälscht. Zum Abbruch der Kontakte führten aber vor allem auch die brutale Polizeigewalt gegen friedliche Demonstrationen, die Tausenden Festnahmen und die vielen Hundert Verletzten. Auch mehrere Tote gab es.

Für Putin, da sind sich Experten in Moskau und Minsk einig, läuft hingegen alles glatt, weil sich Lukaschenko nun selbst zurück in die Arme des slawischen Bruders getrieben habe. Aus Sicht des Kremls steht er vor allem als

Garant weiter dafür, dass Belarus ein verlässlicher Pufferstaat gegen ein weiteres Vordringen der Nato bleibt. Putin lässt es sich nach Einschätzung von Karbelewitsch einiges kosten, um Lukaschenko zu halten, ohne eine direkte Gegenleistung zu verlangen.

„Lukaschenko ist geschwächt. Putin wäre dumm, da jetzt Öl ins Feuer zu gießen“, meint der Experte. Eine immer wieder beschworene engere Anbindung von Belarus an Russland sei für Lukaschenko genauso gefährlich wie der Verkauf von Staatsbetrieben. Genannt wurden immer wieder der Kalihersteller Belaruskali oder das Minsker Werk MZKT, das Trägersysteme für Raketen herstellt. „Lukaschenko hat im Moment keinen Rückhalt, solche weitreichenden Dokumente zu unterzeichnen. Alles, was die Unabhängigkeit gefährdet, würde die Proteste in der explosiven Stimmung noch weiter anfachen.“ Lukaschenko sei zwar im

Moment bereit, alles zu versprechen, um seine Haut zu retten. „Aber wenn er erst wieder fest im Sattel sitzt, wird er sich wie immer an kein Versprechen mehr erinnern“, sagt Karbelewitsch. Er glaubt auch nicht an eine Verfassungsänderung für einen Wandel in Belarus.

Die Demokratiebewegung in Belarus hatte bis zuletzt gehofft, dass Putin dem Wunsch nach Veränderung und nach einem neuen Gesicht an der Spitze des Bruderlandes Rechnung tragen könnte. In Minsk wurden am Montag sogar optimistische Stimmen laut, der Kreml könne Lukaschenko fallen lassen. Doch die Hoffnung sehen viele enttäuscht. „Ich bedauere“, sagte Tichanowskaja an die Adresse Putins, „dass Sie sich entschieden haben, den Dialog nicht mit dem Volk zu führen, sondern mit jemandem, der seine Macht missbraucht.“ Sie kündigte an, dass der Widerstand weitergehe.

Zwei Verbündete von Nawalny gewinnen in Tomsk

NOWOSIBIRSK (AFP) - Der Opposition ist bei den Regionalwahlen in Russland ein symbolischer Sieg gelungen: In Tomsk, wo mutmaßlich der Giftanschlag auf Alexej Nawalny verübt wurde, konnten sich laut vorläufigen Wahlergebnissen vom Montag zwei Verbündete des Kreml-Kritikers durchsetzen. Landesweit betrachtet rechnet der Chef der Regierungspartei Geeintes Russland mit einem Wahlsieg seiner Partei.

Im sibirischen Tomsk, wo Nawalny Ende August mutmaßlich vergiftet worden war, gewannen die ihm nahestehenden Politiker Xenja Fadejewa und Andrej Fatejew in zwei Wahlbezirken die meisten Stimmen und zogen in den Stadtrat ein. „Ich denke, jeder wird verstehen, dass es eine Frage des Prinzips war, in Tomsk zu gewinnen, nach dem, was dort passiert ist“, schrieb Fadejewa im Onlinedienst Twitter. Insgesamt setzte sich in der 500 000-Einwohner-Stadt mit 24,46 Prozent die Regierungspartei von Präsident Wladimir Putin durch. 2015 hatte die Kreml-treue Partei dort jedoch noch 52,27 Prozent der Stimmen gewonnen.

Auch in Russlands drittgrößter Stadt Nowosibirsk gelang fünf Kandidaten aus Nawalyns Umfeld der Einzug in den Stadtrat, wie Sergej Boiko, örtlicher Leiter von Nawalyns Anti-Korruptionsorganisation, mitteilte. Boiko, der nun selbst im Stadtrat sitzen wird, sprach im Onlinedienst Twitter von einem „guten Ergebnis“, da Geeintes Russland nur noch 22 statt 33 Abgeordnete stelle und die Kommunistische Partei nur noch acht statt 15. Die Regionalwahlen in Russland galten ein Jahr vor der Parlamentswahl als Stimmungstest für Putin. Sein Ansehen hat unter einer unpopulären Rentenreform und der schlechten wirtschaftlichen Lage wegen der Öl-Krise und der Coronapandemie gelitten. In 41 der 85 Regionen war von Freitag bis Sonntag gewählt worden. Abgesehen von Regional- und Kommunalparlamenten sowie Gouverneuren wurde in Nachwahlen auch über vier Sitze im russischen Parlament entschieden.

Die offiziellen Ergebnisse sollten am Montag bekannt gegeben werden. Ex-Ministerpräsident Dmitri Medwedew, der auch Parteichef von Geeintes Russland ist, hatte schon nach Schließung der letzten Wahllokale seine Partei zum Sieger erklärt.

Schockiert, aber nicht überrascht

Jüdische Frauen berichten nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle über ihre Erfahrungen

Von Sabine Lennartz

Wenn heute in Berlin mit einem Festakt das 70-jährige Bestehen des Zentralrats der Juden in Deutschland begangen wird, dürfte auch die Erinnerung an den Anschlag auf die Synagoge in Halle präsent sein. Der Attentäter Stephan B. wollte so viele Juden wie möglich töten. Wie durch ein Wunder gelang es ihm nicht, die schwere Holztür zu öffnen, die Betenden überlebten, er tötete wahllos zwei Menschen in der Nähe.

Was folgte in der deutschen Öffentlichkeit? Schuldgefühle, Beteuerungen, man müsse den Antisemitismus überall bekämpfen, ihm entschieden entgegenzutreten, gibt es nach jedem Anschlag. Aber kaum einer ist vergleichbar dem Attentat von Halle – das zeigt das Buch „Halle ist überall“. Nea Weissberg, die in ihrem Lichtig-Verlag Literatur der jüdischen Gegenwart und Geschichte herausbringt, hat die Stimmen jüdischer Frauen gesammelt. 20 Autorinnen berichten, wie sie den Anschlag beurteilen, ob und wie viel Angst sie haben, und sie sprechen damit verbunden über ihre ganz persönlichen Erlebnisse und Familiengeschichten.

Zwei Dinge werden dabei erschreckend klar: Halle, der Anschlag auf die Synagoge am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, traf die Juden ins Herz. Ein Angriff auf einen heiligen Raum in einer heiligen Zeit – das erinnerte an die Shoah. Bedrückend ist: Jede der Frauen war schockiert nach dem Anschlag von Halle, aber keine war überrascht. „Halle war nicht der erste Schockmoment in meinem Leben als Jüdin, und er wird nicht der letzte sein“, sagt die

Journalistin Alexandra Jacobson. Ihre Großmutter Lina Mayer wurde von den Nazis ermordet. Und der Stolperstein, der in der Bopparder Fußgängerzone an sie erinnern sollte, wurde zwei Tage nach der Verlegung herausgerissen.

Es sind Erlebnisse und Reflektionen wie diese, die das Buch zu einer schweren Lektüre machen. Der Leser fragt sich: Schwankt der Boden immer noch – oder schon wieder?

Nea Weissberg hat Frauen mit ganz unterschiedlicher Herkunft und Alter befragt. Romina Wiegemann, 1980 geboren, fühlt am Abend des 9. Oktober 2019, dass sie mit Menschen zusammen sein will, deren Welt nun auch nicht mehr die gleiche ist. „Die Wahrnehmung, dass der Anschlag im Land des ‚Nie wieder‘ für sehr viele Menschen nicht mehr als eine Fußnote im Weltgeschehen darstellt, bleibt ungeachtet aller bisherigen Erfahrungen befremdlich.“



An dieser Synagogentür scheiterte der Attentäter Stephan B. im Oktober 2019 in Halle. Die Holztür aus Eiche hielt den Schüssen des Angreifers stand und rettete das Leben der dort betenden Menschen. FOTO: WINFRIED ROTHERMEL/IMAGO IMAGES

Den Betenden ist nichts passiert, schreibt Claudia Münz, emeritierte Professorin in Kaiserslautern. Sie besinnt sich auf ihre Großeltern und sagt: „Mutig sein, stark bleiben!“

Luba Meyer, 1985 geboren, war selbst in der Synagoge in Halle, als der Anschlag passierte. Sie erinnert sich, dass man den Gottesdienst beendete, in dem man tanzte und voller Dank an den Schöpfer das Leben feierte. Aber sie denkt auch an die vom Attentäter getöteten zwei Passanten. „Wie entsteht Menschenhass und Hass gegen Juden?“, fragt sie. Und am Ende auch: „Wird Deutschland für immer mein Zuhause bleiben?“

All diese Frauen berichten auch über ihre Familien. Darüber, dass es nicht nur die Deutschen waren, die aus Scham über die Nazi-Gräueltaten geschwiegen haben, sondern auch die Opfer, die sich nicht an ihre Demütigungen, Folter und Qualen erinnern wollten. Immer wieder treibt die

Frauen die Frage nach den Ursachen um. Nimmt Antisemitismus in Deutschland wieder zu? Rebekka Nieten, die sich ehrenamtlich für den Dialog zwischen Juden, Christen und Muslimen einsetzt, weiß, dass es nicht einfacher geworden ist, nachdem 2015 auch viele Menschen aus bildungsfernen, muslimischen Kreisen nach Deutschland kamen. Doch Muslime in Deutschland könnten nicht an ihrem Judenhass festhalten, sagt sie und zitiert Michael Wolffsohn: „Neue Deutsche, das bedeutet auch die Notwendigkeit einer neuen Gedenkkultur.“

Nelly Alfandari, eine 40-jährige Lehrerin, die in Barcelona lebt, bringt die Verzweiflung vieler auf den Punkt. Der Holocaust werde als solcher in der Vergangenheit gelassen, während tagtägliche Alltagsrasismen und Gewalt ignoriert würden, „und sich anstelle dessen für die Vergangenheit schuldig gefühlt wird bis zu dem Punkt, dass es allen zum Hals herabhängt und wir dann als Juden noch dafür schuldig gemacht werden, dass sich die Deutschen immer noch schuldig fühlen müssen“. Das sei ein Armutszeugnis für eine fehlgeschlagene Bildungspolitik. Auch Jutta Prajs, 1947 in Polen geboren, fragt sich, wo die gesellschaftlichen, wo die politischen Reaktionen bleiben, wenn Kräfte wie die AfD einen Schlussstrich unter das schlimmste Kapitel der deutschen Geschichte ziehen wollen.

„Halle ist überall“. Stimmen jüdischer Frauen, ausgewählt und herausgegeben von Nea Weissberg. Lichtig Verlag, 160 Seiten, 20 Euro.

Heckler & Koch ist raus

Thüringer Waffenschmiede Haenel soll neues Sturmgewehr für die Bundeswehr liefern

BERLIN (dpa) - Das Verteidigungsministerium will das neue Sturmgewehr der Bundeswehr vom Thüringer Hersteller C.G. Haenel (Suhl) beziehen. Über das Ergebnis des Auswahlverfahrens informierte das Verteidigungsministerium am Montag Fachpolitiker im Bundestag. Im Ergebnis des Bieterverfahrens kommt der langjährige Lieferant Heckler & Koch (Oberndorf am Neckar) bei der Bestellung von 120 000 neuen Waffen im Umfang von wohl knapp 250 Millionen Euro nicht zum Zuge.

Haenel liefert der Bundeswehr bereits ein Scharfschützengewehr. Das Unternehmen gehört zur Merkel Gruppe, die Teil der Tawazun Holding (Vereinigte Arabische Emirate) ist. Das Thüringer Unternehmen habe in dem 2017 eingeleiteten Bieterverfahren eine Waffe vorgelegt, die sich in umfangreichen Tests als etwas besser auf die Anforderungen des Militärs zugeschnitten und auch als wirtschaftlich vorteilhaft erwiesen hat, hieß es aus Militärkreisen.

Um das von Heckler & Koch gelieferte G36 hatte sich von 2012 eine Affäre entwickelt, die mit Hinweisen auf Probleme mit der Treffgenauigkeit begonnen hatte. Späteren amtlichen Untersuchungen zufolge traten diese nach langen Schussfolgen oder auch unter Hitzeeinwirkung auf. Von den Soldaten ist die Waffe bis heute geschätzt.

Für Heckler & Koch ist die Berliner Entscheidung ein harter Rückschlag zur Unzeit. Das Unternehmen ist hoch verschuldet – seine Finanzverpflichtungen von 249 Millionen Euro sind in etwa so hoch wie der Jahresumsatz (2019: 239 Millionen Euro).



Für Heckler & Koch, hier der Firmensitz in Oberndorf, ist die Entscheidung ein harter Rückschlag. FOTO: DPA

Nach zwei Verlustjahren wirtschaftete H&K zuletzt zwar wieder profitabel. Dennoch bleibt die Situation angesichts der weiterhin ungelösten Schuldenproblematik angespannt.

Für Unruhe sorgte ein Machtkampf zweier Großaktionäre der Firma. Der langjährige Mehrheitsaktionär Andreas Heeschens musste ein Aktienpaket wegen eines lange zurückliegenden Pfandgeschäfts an einen Franzosen und dessen Luxemburger Finanzholding CDE abgeben, seit Juli hat die CDE das Sagen. Für H&K ist es allerdings nicht das erste Mal, dass ein ausländischer Investor die Geschicke bestimmt, bis 2002 gehörte H&K zum britischen Rüstungskonzern BAE Systems.

An der Firmenzentrale in Oberndorf arbeiten 910 Beschäftigte, weitere 85 sind in den USA tätig, wo H&K ein Pistolen-Montagewerk hat. Der US-Markt gewann zuletzt an Bedeutung, inzwischen liegt sein Anteil am Konzernumsatz bei einem Viertel. Deutschland macht – mit sinkender Tendenz – noch ein Drittel der Firmenerlöse aus, neben dem Großkunden Bundeswehr wird die Polizei mit Waffen beliefert.